



# Leserbriefe

Ihre Meinung ist uns wichtig. Senden Sie uns Ihre Fragen, Anregungen oder persönliche Meinungen. Bitte fassen Sie sich kurz, um so wahrscheinlicher wird die Veröffentlichung. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe ohne Rücksprache zu kürzen.

## Wenn es an Bildung mangelt

Wenn eine Zeitung nur über das berichten will, was Berlin einmal mehr an «Bockmist» produziert, dann genügen dpa-Meldungen, die dann nur das zur Verstärkung des Gewussten wiederholen, was die Leser schon am Tag vorher im Radio oder Fernsehen gehört haben. Wenn aber eine Zeitung auf Dauer im Medienmarkt bestehen will, dann muss sie in namentlich gekennzeichneten Beiträgen die Mehrdimensionalität eines Problems aufzuzeigen in der Lage sein.

Da das politische Vorhaben und die damit verbundene Debatte durch ein Urteil der Bundesverfassungsgericht ausgelöst wurde, das besagt, dass die Kinder bei den finanziell bedürftigen zu kurz kommen, wäre als erstes zu beleuchten, warum denn in der reichen Republik Deutschland so viele Menschen finanziell bedürftig sind.

Es wäre dann zu fragen, warum es in einer Marktwirtschaft eine Unterbeschäftigung geben kann, die so viele Menschen Arbeitslos und finanziell bedürftig machen. Theoretisch dürfte es in diesem System gar keine Arbeitslose geben, folglich müssen Systemfehler vorliegen.

Was haben der Sachverständigenrat, die Wirtschaftswissenschaft insgesamt und die Wirtschafts- und Wissenschaftspolitiker insbesondere dazu getan, um diese Systemfehler zu beseitigen? Das wäre die Folgefrage. Die Antwort müsste lauten, wenig oder nichts.

Dann besteht die berechtigte Sorge, dass die Differenz zwischen dem Einkommen aus Arbeit und dem Einkommen aus Sozialleistungen zu gering wird und somit der Anreiz zur Arbeitsaufnahme nicht groß genug ist. Aber warum wird dann nicht erörtert, warum das Arbeitseinkommen auf einen so niedrigen Stand gefallen ist, dass die Differenz zu den Sozialleistungen so gering ist, während das Kapitaleinkommen auf einem hohen Stand sich befindet und sich immer mehr auf weniger Personen konzentriert. Dabei stimmen die Mehrzahl der Klassiker der Ökonomie darin überein, dass nur die Arbeit ökonomische Werte schafft. Und soweit das Kapitaleinkommen verteidigt wird, wird es als eine Ausnahmeerscheinung beschrieben oder mit fragwürdigen Argumenten vorgenommen. Verdrängungen sagt die Psychologie führen bei Menschen, wenn sie nicht aufgearbeitet werden, zu Problemen. Das ist in der Ökonomie mit größeren Wirkungen genauso.

Besonders ärgerlich ist in dem jetzigen politischen Vorhaben der Missbrauch des Wortes Bildungsguthaben (in verschiedenen Varianten). Der Begriff dieses Wortes steht für ein anderes Bildungs-

system mit Bildungsfreiheit, das der Idee von einer freien Gesellschaft entspricht. Den wenigsten Bürgern und Bürgerinnen ist bewusst, dass die Basis unseres heutigen Bildungssystems von den Nazis geschaffen wurde. (Man gebe mal die Worte «Schulpflicht» oder «Schulzwang» in eine Suchmaschine ein.)

Vor ein paar Jahren habe ich mit Freunden überlegt, wer denn wohl zuerst die Idee mit der Finanzierung der Bildung durch Bildungsguthaben hatte. Wir kam auf den verstorbenen Nobelpreisträger Milton Friedman, stießen dann John Stuart Mill (1806 - 1873 / «Über die Freiheit»). Aber Eckehard Behrens (vom Seminar für freiheitliche Ordnung und Bildungspolitik in der FDP) vermeldete dann: «Aber ich habe gerne bei einem mir seit langem - auch persönlich - bekannten Wissenschaftler, Ulrich van Lith, Der Markt als Ordnungsprinzip des Bildungsbereichs (Habilitationsschrift, veröffentlicht München 1985) nachgelesen. Er schreibt (Seite 184), dass die Idee auf Thomas Paine zurückgehe, The Rights of Man, 1791/92, auf deutsch Die Rechte des Menschen, hersg. Von Stemmler, Frankfurt 1973, Seite 289 und 294. John St. Mill war dann einer der Zwischenträger dieser über 200 Jahre alten Idee.»

Den Menschen wird also schon lange eines Ihrer Natur, ihren Interessen und der Idee von den Freien in einer freien Gesellschaft (Franz Oppenheimer «Der Staat») entsprechendes Bildungssystem vor enthalten. Wenn es jetzt von der CSU und Wohlfahrtsverbänden verlautet, der Bildungs-Chip nach Art von der Leyen würde die Eltern entmündigen, dann stimmt das zwar, wenn nicht allen Kindern - unabhängig vom Einkommen der Eltern - zugebilligt wird, wirkt aber als Aussage mit Bezug auf das gesamte Bildungssystem so, als wenn eine notorischer Lügner einmal die Wahrheit spricht.

Wenn die in unseren Parlamenten vorhandenen Volksvertreter der verschiedenen Parteien auch nur einen Funken von Freiheitsliebe und nicht so viel Zwangsbeglückungsphantasien im Kopf hätten, dann wären sie schon bei der Krippendiskussion auf die Idee gekommen, die Eltern ökonomisch in die Lage zu versetzen, nach Krippenplätze Nachfrage zu halten. Aber wo käme die Politik - die die Ideologie der «Freiheitlich demokratische Grundordnung» wie eine Fahne vor sich her trägt - auch hin, wenn nicht jede Maßnahme den Bestand der Bürokratie sichert und ausweitet und die Bürgerinnen und Bürger in den Stand der Unmündigkeit gehalten würden.

Tristan Abromeit

## Atommüll Warnung für 10.000 Jahre

Von den Atomkraftwerkbetreibern und ihren politischen Adlaten wird ein Problem verdrängt, das nach Öffentlichkeit schreit: Wie sollen Menschen in 10.000 Jahren vor dem tödlich strahlenden, hochradioaktiven Atommüll gewarnt werden, damit sie sich davor schützen können?

Unterstützt vom US-Energieministerium hat sich eine Gruppe von führenden Wissenschaftlern aus mehreren Ländern mit diesem Problem auseinandergesetzt. In ihrem Report unter dem Titel «Kommunikationsmaßnahmen zur Überbrückung von zehn Jahrtausenden» (300 Generationen nach uns) gehen sie davon aus, dass heutige Schriften und Sprachen nicht mehr verstanden werden. Sie empfehlen daher eindringlich, die Schaffung einer «atomaren Priesterschaft», die die Kunde vom Atommüll nach dem Modell religiöser Lehren überliefern soll. Ein anderer Vorschlag besteht in der Anlage von «Steinringen» nach dem Muster der englischen „Stonehenge» zur Markierung von Nuklearfriedhöfen. Die Wissenschaftler gehen davon aus, dass die Vorsorge für die „nuclear dumps» eine Aufgabe ist, die der heutigen nutznießenden Gesellschaft zukommt und nicht auf künftige Generationen überwältigt werden darf.

Hansjörg Weder, ex Nationalrat, Basel

## Zu: «Armut und Reichtum driften auseinander / die Rolle der zinsbedingten Umverteilung», von Helmut Creutz, Humane Wirtschaft 09/10, S. 2.

Der Bericht bringt einen sehr wichtigen Aspekt gut auf den Punkt. Schließlich bedeutet eine Anhebung der Staatsverschuldung auch immer eine Umverteilung zu Lasten der normalen Bevölkerung hin zu den Verdienern an den Kapitalmärkten. Weswegen nicht ohne Grund die Verursacher der gegenwärtigen Krise auch zu ihren größten Gewinnern zählen und der wieder erstarkte Keynesianismus im ökonomischen Denken kritisch betrachtet werden muss. Denn so vernünftig jetzt auch Investitionen in langfristige zukunftssichernde Strukturmaßnahmen nach Vorbild des New Deal von Franklin Delano Roosevelt erscheinen mögen, spielt die Herkunft der hierfür verwendeten Gelder eine erhebliche Rolle. Damit der finanziellen Krise keine soziale folgt. Weswegen insbesondere Deutschland seine Lastenverteilung überdenken muss. Denn hier im Land der «jammernenden Millionäre» werden Kapitaleinkünfte und Erbschaften nach wie vor wesentlich geringer besteuert als im benachbarten europäischen Ausland. Was zur Folge hat, dass der Staat stattdessen diejenigen zur Verantwortung bittet, die zum unteren Drittel der Gesellschaft gehören und für die eigentliche Misere unschuldig sind!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg, [www.visitasmus.com](http://www.visitasmus.com)